

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vereinigtes Königreich

70 Jahre NATO-Feierlichkeiten

Am 3. Dezember war es so weit. Die Staatsoberhäupter der NATO-Mitglieder trafen sich für zwei Tage zur 70-Jahre-Party in London. Es wurde im kleinen Rahmen gefeiert. Ursprünglich bereits im April in Washington als mehrtägiges Fest mit grossem Pomp geplant, verständigte sich die Allianz darauf, dort nur «klein aufzutreten». Zu gross war die Angst, vom US-Präsidenten (unter anderem durch seine Abwesenheit) brüskiert zu werden. Nun rief also London. Und auch Trump kam. Er liess es sich erwartungsgemäss nicht nehmen, bereits bei den ersten Meetings eine volle Breitseite speziell gegen den französischen Präsidenten abzufeuern. Macron, als «sehr, sehr böse» oder «äusserst res-



Im Wesentlichen einig: Stoltenberg und Trump in London. Bild: NATO

pektlos» zu bezeichnen, war da noch das kleinste Übel. Er drohte diesem mit Strafzöllen, sollte Frankreich an seiner «Tech-Steuer» festhalten. Auch anderen Ländern, unter anderem Kanada, wurde gedroht: «Wer die von den NATO geforderten 2% des BIP nicht in Rüstung investiert, müsste bestraft werden», so der US-Präsident. Sogar der Generalsekretär Jens Stolten-

berg liess es sich nicht nehmen, Macron wegen seiner NATO-Hirntod-Aussage zu kritisieren: «Verbündete sollten niemals die Einheit und die politische Bereitschaft der Allianz in Frage stellen, aber sie sollten zusammenhalten und sich gegenseitig verteidigen» und meint damit die Kohäsion zwischen den Mitgliedern, das von der NATO selbst erklärte Zentrum der Kraftentfaltung.

Aber auch Erdogan hielt sich nicht mit harten Worten zurück. Er werde, so der türkische Präsident, das Veto gegen die Stärkung der Verteidigungslinien Polens und der baltischen Länder blockieren, wenn das Bündnis nicht die kurdische YPG als terroristische Vereinigung anerkennt. Der polnische Präsident Duda wog ab, «eine Lösung würde sicher später noch gefunden werden.» Nebst strategischen Diskussionen über Russland und China ging es um Rüstungskontrolle und vor allem den Beitrags- und Rüstungsausgleich der Mitglieder. Immer noch erfüllen nur neun Länder die von der NATO selbst geforderten Rüstungsziele. Aber, im fünften Jahr infolge konstant steigender Verteidigungsbudgets gemeldet werden. Bis Ende 2024 also etwa 400 Milliarden Dollar mehr.

Libanon

USA sistieren Militärhilfe

Auch nach den jüngsten Demonstrationen und Volksaufständen gegen die eigene Regierung, grassierende Korruption und demokratiefeindlichen Nepotismus kommt der Libanon nicht zur Ruhe. Dem Land an der Levante wird derzeit Militärhilfe im Wert von 105 Millionen US Dollar zurückgehalten. Präsident Trump weigert sich, diese freizugeben, obwohl die Unterstützung vom Kongress und den nationalen Sicherheitsorganisationen genehmigt, respektive unterstützt wird. Die Situation verhält sich ähnlich wie mit der Ukraine. Da aber dem Libanon weit weniger Aufmerksamkeit zuteil wird, beschwerten sich mittlerweile die Angestellten der US-Administration und des Pentagons über die Situation. In einer nun



US-Botschafterin übergibt letztmals Material im Jahr 2016.

durch einen Untersuchungsausschuss angeordneten öffentlichen Anhörung äusserte sich der Staatssekretär für politische Angelegenheiten des US-Aussenministeriums, David Hale, über die wachsende Bestürzung unmissverständlich: «Die Leute begannen zu fragen: Wo liegt das Problem?»

Dass es auch hier – wie in der Ukraine – darum gehen könnte, dass Trump «einen Gefallen» vom Libanon erwarte, scheint unbegründet. Bisher konnte der mit dem Fall betraute Ausschuss keine Beweise dafür finden. Das Militärmaterial sei für die Libanesen aber essentiell, sagte der

mit der Sicherheitslage vertraute hohe US-Beamte. Besonders, da das Land dem Einfluss der schiitischen Hisbollah beinahe hilflos ausgeliefert ist. Der Iran-Proxy versteht sich denn auch als die einzige libanesische (und von Allah gesandte) Widerstandsbewegung gegen den Erzfeind Israel. Insofern ist es auch für Beirut schwer nachvollziehbar, warum das Material noch nicht angekommen ist. Dazu der ehemalige US-Botschafter im Land, Jeffrey Feltman: «Es mag wohl berechtigt sein, dass die USA Vorbehalte gegen die Leistungen der libanesischen Armee hat. Allein, hier geht es auch darum, ein Exempel zu statuieren». Damit meint er, dass die Deutungsweise über die aktuelle Nahostpolitik seines Landes nicht die einer «gelebten Unzuverlässigkeit» wäre, sondern klar gegen die iranisch-syrisch-russisch domi-

nierte Regionalpolitik gerichtet sein müsste. Immerhin hat die USA dem Libanon seit 2006 und damit dem letzten Krieg gegen Israel militärische Hilfe im Wert von mehr als zwei Milliarden US Dollar spendiert. Dem südli-

chen Nachbar wird nun aber von inoffizieller Seite zugemutet, die geplante Hilfe mittels einer Intervention im Weissen Haus aktiv gestoppt zu haben. Aus Tel Aviv hiess es, «in diskreten Gesprächen mit verschiedenen Hauptstädten ha-

ben wir deutlich gemacht, dass jede Hilfe, die dazu bestimmt ist, die Stabilität des Libanon zu gewährleisten, davon abhängig gemacht werden muss, dass der Libanon sich mit den präzisionsgelenkten Raketen der Hisbollah befasst. Alles an-

dere wird in unseren Augen problematisch sein.» Entsprechend geht es nun darum, inwiefern die USA gewillt ist, ein allfälliges Machtvakuum im Libanon dem sich zügig vergrössernden Einfluss Russlands preisgeben zu wollen.

Deutschland

Durchhalteparolen?

Bis mindestens 2021 soll Merkel noch im Amt bleiben, daran gäbe es nichts zu rütteln. So die deutsche Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, kurz AKK. Obwohl sie parteiintern für manche Wahlverluste im 2019 verantwortlich gemacht wird, bleibt sie selbstbewusst. Das gleiche gilt für die Aufgaben der Bundeswehr. Schlechte Ausrüstung und mangelnder Bestand, beides ist kein Hinderungsgrund für die Ministerin, neue Auslandseinsätze auf die Karten der Militärplaner zu bringen. Nachdem Frankreichs Präsident Macron zuerst die NATO düpierte – kurz vor dem letzten Verteidigungsministertreffen der Allianz bezeichnete er

fand diesen Ansatz so spannend, dass sie anfangs Dezember bei einem Truppenbesuch bei der ersten Luftlandebrigade erwähnte, «dass wir auch heute in der Lage wären, zusätzliche Auslandseinsätze zu übernehmen.» In Mali wäre die Situation weiterhin (die Bundeswehr ist bereits in der UNO-Mission vor Ort und trainiert innerhalb einer EU-Trainingsmission die lokalen Sicherheitsbehörden) dermassen unkontrolliert, dass ein mit Frankreich gemeinsamer Einsatz gegen den Terror «im Rahmen der üblichen Verlängerungen der Auslandsmandate im Bundestag besprochen werden müsse». Nur, «realistischerweise» braucht die Bundeswehr noch bis etwa 2031, um zehn Prozent der von der NATO geforderten militärischen Fähigkeiten zu übernehmen. Bis dann will



Bild: Bundeswehr

Bald Verstärkung unterwegs? Einsatz in Mali.

die Allianz auf Grund ihres Nichtstuns im Türkei-Syrien-Konflikt als «Hirntot» – plädierte er gleich darauf auf einen gemeinsamen Einsatz seiner Armee zusammen mit der Bundeswehr im krisengeprüften Mali. Ohne diesen bis anhin formell zu fordern. AKK

spricht von einem «Sofortprogramm zur Beschaffung fehlender Ausrüstung, von Schutzwesten über Nachtsichtgeräte bis hin zu Ersatzteilen». AKK zeigt sich gelassen: «Wir wissen, dass wir mehr tun müssen, aber wir sind auf dem Weg.»

NATO

Permanente Luftraum- und Bodenüberwachung gesichert

Die NATO modernisiert ihr *Airborne Early Warning and Control System*, kurz AWACS. Zusammen mit Boeing werden



AWACS-Upgrade besiegelt.

Bild: NATO

Hauptquartier im deutschen Geilenkirchen möglich, seinen Auftrag für weitere 15 Jahre wahrzunehmen. «NATO AWACS sind unsere Augen am Himmel und unterstützen unsere Operationen seit Jahrzehnten, von der Patrouille am amerikanischen Himmel nach dem 11. September bis zu unseren Einsätzen in Afghanistan und als Teil der Globalen Koalition gegen ISIS», so Stoltenberg über sein unverzichtbares «High Value Asset». Bezahlt wird das Ganze von 16 NATO-Alliierten beidseits des Atlantiks. «Eine partnerschaftliche Glanzleistung,» auch für

an den in den Jahren 1982–1985 beschafften und noch im Betrieb stehenden 14 Flugzeugen des Typs E-3A rigoro- se Upgrades im Rahmen von etwa 1 Milliarde US Dollar getätigt. Die AWACS-Flotte ist gänzlich im Besitz der Nordatlantikkallianz. Im Gegensatz zu anderem militärischen Material, welches jeweils von truppenstellenden Nationen ins Bündnis eingebracht werden. Am Flughafen Melsbroek in Brüssel unterzeichneten nun NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Sir Michael Arthur, Präsident von Boeing International Ende November die nötigen Verträge. Damit wird es dem NATO-Kommando «Airborne Early Warning and Control Force» mit

den Boeing Chef. Wie die Flotte nach 2035 aussehen wird, bleibt unterdessen unklar. Sicher ist aber, dass die luftgestützte Frühwarnung durch ein *Alliance Ground Surveillance* (AGS)-System ergänzt wird. Das heisst, dass fünf unbemannte RG-4D Global Hawk das NATO-Arsenal ergänzen werden. Stationiert auf Sizilien, wurde die erste Drohne am 21. November 2019 auf der Airbase Sigonella empfangen. Damit verfügen die Mitgliedsstaaten nunmehr auch über ein dauerhaftes und in Echtzeit arbeitendes, wetterunabhängiges, weiträumiges terrestrisches und maritimes Überwachungssystem, das permanent ohne so genannte «Notice to Move» eingesetzt wird.

Japan / Indien

Militärische Zusammenarbeit

Japan einigte sich mit Indien auf eine gemeinsame Militärübung und erreichte Fortschritte bei einem Abkommen zur gemeinsamen Sicherheit.

Bei dem ersten «Zwei-plus-Zwei»-Sicherheitsgespräch in Delhi trafen sich die Aussen- und Verteidigungsminister der beiden Länder. Neben der gemeinsamen Übung wurde ebenfalls über ein Abkommen zum Teilen von Verteidigungsfähigkeiten und -gütern einschliesslich Treibstoff und Munition gesprochen, bei dem es Fortschritte gab. Beide sprachen sich dafür aus, dass das *Acquisition and Cross-Servicing Agreement* (ACSA) zu einem raschen Abschluss kommt.

Bis jetzt ist geplant, dass Japans Premierminister Shinzo Abe bei einem Gespräch mit dem indischen Premierminister Narendra Modi das Abkommen unterschreibt. Die Übung zwischen der japanischen Air-Self-Defense-Force und der Indian Air Force soll hingegen im Jahr 2020 statt-

finden. Es ist für Japan erst die vierte Übung dieser Art mit ausländischen Streitkräften.

Japans Verteidigungsminister Taro Kono gab an, dass die Gespräche ein Symbol für eine höhere Bedeutung der Sicherheitsbeziehung zwischen den Ländern im indopazifischen Raum ist. Neben ihm nahmen am Treffen der japanische Aussenminister Toshimitsu Motegi, der indische Aussenminister Subrahmanyam Jaishankar und der indische Verteidigungsminister Rajnath Singh teil.

Vorab erklärte Jaishankar, dass die Gespräche die steigende strategische Konvergenz zwischen den Ländern und den gemeinsamen Wunsch nach einer vertieften Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit widerspiegeln.

Die Minister teilten dabei die Ansicht eines offenen, integrativen, freien und regelbasierten Indopazifiks. Weiter begrüssen sie die trilaterale Verteidigungszusammenarbeit mit den USA. Unter anderem gab es die jährlichen Malabar-Marineübungen und das Aussenministertreffen in Australien.

Japan

Erste Frau am Helm eines Zerstörers

In Japan hat erstmals eine Frau das militärische Kommando eines Zerstörers übernommen. Es sei ihr eine «grosse Ehre», als erste Frau die Rolle des Kapitäns an Bord eines Aegis-Zerstörers anzutreten, sagte die 48 Jahre alte Miho Otani.



Kapitän Miho Otani.

Bild: Kyodonews

Sie befehligt künftig 300 Mann an Bord der «Myoko», eines mit dem Raketenabwehrsystem Aegis ausgerüsteten Kriegsschiffes. Otani hatte 1996 als eine der ersten Frau-

en in Japan die japanische Verteidigungsakademie absolviert und wurde 2013 erste Kapitänin eines Übungsschiffes der Streitkräfte.

Kauf einer Insel

Zudem plant Japan den Kauf einer Insel vor der eigenen Küste, um dort US-Militärmanöver zu ermöglichen. Die Regierung teilte mit, man

habe sich mit dem Besitzer, einem Unternehmen, auf den Kauf der Insel Mageshima geeinigt. Der Preis beträgt demnach 130 Millionen Franken. Die USA hatten auf ein neues Übungsgebiet gedrängt, da der bisherige Ort für die Manöver, die Insel Iwojima, zu weit vom US-Militärflugplatz in Japan entfernt sei. Das ostasiatische Land ist militärisch stark von den USA abhängig, da seine Verfassung nur Streitkräfte zur Selbstverteidigung zulässt.

Brasilien

Erste brasilianische Gripen E fliegt

Die Gripen E, Seriennummer 39-6001, ist das erste brasilianische Serienflugzeug und wird im Rahmen des gemein-



Brasilianische Gripen E.

schen Systemen und Sensoren durchzuführen. 39-6001 wird in der brasilianischen Luftwaffe als F-39 bezeichnet und hat die Hecknummer 4100.

Die Hauptunterschiede bestehen in einem völlig neuen Cockpit-Layout mit einem grossen *Wide Area Display* (WAD), zwei kleinen *Head Down Displays* (sHDD) und einem neuen *Head Up Display* (HUD). Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist ein aktualisiertes Flugsteuersystem mit aktualisierten Steuergesetzen für die Gripen E.

Bild: Saab

samen Versuchsprogramm als Testflugzeug eingesetzt, zum Beispiel um Tests von takti-

USA / Syrien

Back to the oil

Die USA sind zurück in Nordsyrien. Nachdem Donald Trump seine Streitkräfte aus der Region abgezogen hatte, kassierten die Strategen im Pentagon die Entscheidung des US-Präsidenten wieder ein. Dabei spielte nicht nur die Angst vor dem Wiedererstarken des IS eine Rolle.

Streitkräfte der US-amerikanisch angeführten Antiterror-Koalition hätten den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) wieder aufgenommen, hiess es aus US-Quellen. Die Operationen gegen den IS hätten lediglich kurzzeitig wegen der «Span-

nungen in Nordsyrien und der Neupositionierung» der Koalitionstruppen pausiert.

Zur Erinnerung: Noch Anfang Oktober teilte das Weisse Haus der verblüfften Weltöffentlichkeit mit, die USA würden der geplanten türkischen Militäroffensive in Nordsyrien nicht im Wege stehen und ihre Truppen zurückziehen, da der IS territorial besiegt sei. Drei Tage nach Trumps Ankündigung begann die Invasion der türkischen Armee, flankiert von islamistischen Hilfstruppen. Sieben Wochen nach dem Beginn des Angriffskrieges sind die Kampfhandlungen abgeflaut.

Die Region liegt ausserhalb der sogenannten Sicherheits-

zone, einem 30 km tiefen Puffer an der türkischen Grenze. Aus dieser Zone haben sich die kurdisch dominierten Streitkräfte Syriens (SDF) zurückgezogen. Rückgrat der SDF sind die kurdischen Volksver-

teidigungseinheiten YPG, die von der Türkei wegen ihrer ideologischen und personellen Nähe zur kurdischen Arbeiterpartei PKK als Terrororganisation eingestuft werden, aber in den vergangenen Jahren der ef-

fizienteste Partner der USA und ihrer Verbündeten im Kampf gegen den IS waren.

Jetzt nehmen die USA den Kampf gegen die verbliebenen IS-Kämpfer wieder auf, erneut in enger Zusammenar-

beit mit den Streitkräften Syriens (SDF). Die abgegebene Begründung ist, es geht darum, die Ölquellen in der Provinz Hasakeh zu schützen. Sie dürften nicht wieder dem IS in die Hände fallen.

Katar

Abkommen mit Frankreich unterzeichnet

Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly unterzeichnete Ende November ein Abkommen mit ihrem Homologen Khalid Bin Mohammed Al-Attiyah. Damit regelt Katar die Stationierung französischer Truppen. Für Frankreich vor allem als Vorpositionierung gegen den Iran gedacht, geht es im Weiteren darum, den militärischen Einfluss in der Golfregion nicht zu verlieren. Natürlich wurden auch bilaterale Beziehungen besprochen sowie mögliche Waffenlieferungen ins Emirat im Bereich von 2 Milliar-



Dealmakerin Florence Parly mit dem Verteidigungsminister Katars.

den Euro. Der Schritt kam, nachdem das Staatsoberhaupt Scheich Tamim bin Hamad Al Thani bereits 2017 Paris besuchte, Nota bene als ers-

te Hauptstadt nach der durch Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Ägypten verhängten Blockade seines Reiches.

Frankreich ist für Doha seither zum siebtgrößten Wirtschaftspartner aufgestiegen. Nunmehr wird es französischen Truppen formell erlaubt sein, in Katar neben US-amerikanischen und türkischen Soldaten ihr Lager aufzuschlagen. Für Parly ist das aber keine Exklusivpräsenz. Nachdem sie auch Saudi-Arabien mit Truppen und Militärmaterial im Einsatz gegen mögliche iranische Feindseligkeiten unterstützt, geht es ihr vor allem um eines: «Wir haben einen bewussten, schrittweisen Rückzug der USA aus der Region gesehen, deshalb will sich Frankreich hier in Zukunft mehr engagieren.»

Australien

Neue Schützenpanzer

Rheinmetall ist von Australien damit beauftragt worden, mit dem Schützenpanzer «Lynx» KF41 an der Erprobungsphase («Risk Mitigation Activity» – RMA) des natio-

auch die Lieferung von drei «Lynx» KF41-Erprobungsmustern. Der jetzt geschlossene Vertrag hat einen Auftragswert von 50 Millionen australischen Dollar (rund 28 Millionen Franken). Mit dem gesamten Vorhaben «Land 400 Phase 3» verbindet sich im Erfolgsfalle ein Auftragsvolumen von 15 Milliarden Australischen Dollar (etwa 9 Milliarden Franken).

Der auf Ketten bewegliche «Lynx» KF41 ist ein netzwerkfähiger Schützenpanzer der nächsten Generation, der die strengen militärischen Anforderungen des Projektes «Land 400 Phase 3» nach Unternehmensangaben erfüllt.

Die australische Armee sucht ein entsprechend leistungsfähiges und hochgeschütztes Infanteriekampffahrzeug, um gegnerische Kräfte auch bei extremen Bedrohungslagen bezwingen zu können.

Im Rahmen des «Land 400 Phase 3»-RMA-Vertrags wird das Commonwealth of Australia eine umfassende technische und programmbezogene Bewertung der beiden verbliebenen Bieter über einen Zeitraum von 24 Monaten vornehmen. Das Konkurrenzprodukt ist das «Redback IFV» des südkoreanischen Herstellers Hanwha. Die Fahrzeuge werden von Angehörigen der Streitkräfte bedient und im Gelände vor Ort unter extremen Bedingungen getestet.

In einem weiteren australischen Grossvorhaben liefert

Rheinmetall – beginnend noch in diesem Jahr – 211 Radspähpanzer «Boxer» 8×8 («Combat Reconnaissance Vehicle» – CRV) an die australische Armee. Das Fahrzeug wurde vom Commonwealth ausgewählt, nachdem es in den Jahren 2016 bis 2017 eine zwölf Monate lange RMA-Erprobungsphase durchlaufen hatte. Diese RMA-Prüfungen wurden als umfassender Nachweis für die Leistungsfähigkeit des Fahrzeugs anerkannt. Rheinmetall konnte dabei Erfahrungen sammeln und Fachwissen aufbauen für die «Land 400 Phase 3». Das modulare Fahrzeug «Lynx» KF41 verfügt in der Schützenpanzerversion über den digitalen «Lance»-Turm von Rheinmetall.

Pascal Kohler, Henrique Schneider



Bild: Rheinmetall

Schützenpanzer «Lynx» KF41.

nenalen Rüstungsprojekts «Land 400 Phase 3» teilzunehmen.

Ein entsprechender Vertrag wurde Mitte Oktober unterzeichnet. Der Vertrag umfasst